

Sozialpreis des Kantons Solothurn
Ansprache anlässlich der Preisverleihung vom 6. September 2007

Plädoyer für den Gutmenschen

Walter Schmid, Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe und
Rektor der Hochschule für Soziale Arbeit HSA Luzern

Anrede

Zunächst lassen Sie mich dem Regierungsrat des Kantons Solothurn ganz herzlich gratulieren: Zu seinem Mut und seiner Zivilcourage. Indem er einen Sozialpreis aussetzt, setzt er sich aus. Er preist das Soziale und setzt damit ein Zeichen, das nicht im Zeichen der Zeit liegt. Ist das Soziale nicht fragwürdig geworden?

Mit dem Sozialpreis zeichnet der Kanton Solothurn Unternehmen, Projekte und vor allem Menschen aus, die etwas Gutes tun. Menschen, die sich mit Kreativität, Fantasie und Engagement für benachteiligte Mitmenschen verwenden. Zeichnet der Kanton Solothurn also Gutmenschen aus?

Weder das Soziale, noch die Gutmenschen stehen heute hoch im Kurs. War es nicht einmal anders? Hatte das Soziale nicht einmal einen hohen Stellenwert? Der Sozialstaat wurde ausgebaut und gefördert. Gute Menschen wurden geschätzt. Ihnen nachzueifern war ein Ziel der Erziehung. Was ist dann geschehen? Was hat sich seither verändert? Und wann?

I.

Gefangen in der Kurzatmigkeit der Gegenwart ist es nicht leicht, darauf eine Antwort zu geben. Lange Zeit war der Ausbau des Sozialstaates das unbestrittene Postulat der politischen Linken. In der dialektischen Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital sind der Sozialstaat und seine Institutionen entstanden und gewachsen. Sie spiegelten sich im politischen Spektrum von links bis rechts. Noch vor dreissig Jahren schien die Sachlage klar: Der weitere Ausbau des Sozialstaates war Programm; in Frage gestellt war nur das Tempo. Eine gerechtere, eine bessere Welt schaffen zu wollten eigentlich alle, damals, noch bevor ‚der Weltverbesserer‘ zum Schimpfwort geworden war. Die Frage war nur: Nach welchem der sich konkurrenzierenden Systeme? Dem Westlichen oder dem Östlichen? Unter den verschiedenen ‚Dritten Wegen‘, die damals beschrieben wurden, war die soziale Marktwirtschaft jener, der einer Mehrheit in unseren Gesellschaften gangbar und angemessen erschien. Die Verfechter des Sozialstaates allerdings, die Avantgarde und die Intellektuellen, positionierten sich klar links davon.

Doch dann änderten sich die Dinge fast unmerklich. Einer der Ersten, der den sich abzeichnenden Wandel wahrnahm mit seinem ausgesprochen feinen Sensorium für gesellschaftliche Entwicklungen, war ein Solothurner und ein über die Landesgrenzen hinaus bekannter Schriftsteller. Er stellte bereits 1985, also noch einige Jahre vor der geopolitischen

Wende, fest: ‚Man trägt wieder rechts‘. Das Soziale verlor in der Folge seine vehementesten Vorreiter zur Linken. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus zeigte sich mit aller Deutlichkeit für die ganze Welt die Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Ordnung und ihrer Gesetze. Das ‚Soziale‘ geriet in den Hintergrund und immer häufiger wurde das Adjektiv ganz weggelassen, wenn von Marktwirtschaft die Rede war. Diese genügte sich selber. Nicht, dass der Sozialstaat deswegen verschwunden wäre – in keiner Weise, im Gegenteil: er wurde immer stärker beansprucht und teurer – aber das Interesse der Gesellschaft an seiner Entwicklung und seiner Funktion schwächte sich ab. Dieses wandte sich dem eine atemberaubende Dynamik entfaltenden Markt und dem wirtschaftlichen Wachstum zu. Die Identifikation mit dem Sozialstaat nahm ab. Seine Legitimationsbasis wurde schmaler.

II.

Damit scheint das ‚Soziale‘ auch an Gestaltungskraft verloren zu haben. Zunehmend wurde das ökonomische zum vorherrschenden Prinzip. Es durchdringt inzwischen auch Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens und des Zusammenlebens, die bislang nicht ausschliesslich den ökonomischen Gesetzmässigkeiten unterworfen waren. Einrichtungen des Sozial- oder auch Gesundheitswesens zum Beispiel verstanden sich vormals als Werke einer Gemeinschaft, welche sich um Kranke, Schwache und Alte kümmert. Inzwischen stellt sich bereits die Frage, ob die öffentliche Hand überhaupt noch Spitäler, Alters- und Behindertenheime oder Sozialdienste führen darf oder ob diese, nach den in Diskussion befindlichen Regulativen der Europäischen Union, ausschliesslich den gewinnorientierten Privaten und dem Wettbewerb zu überlassen seien, in Analogie etwa zu den Fluggesellschaften, die auch nicht mehr staatlich unterstützt werden dürfen.

Das ökonomische Denken ist aber darüber hinaus tief in die Institutionen selbst eingedrungen. Etwa dort, wo soziales Handeln in monetären Einheiten erfasst wird, wo die Begrüssung der Patienten am Morgen oder die Frage nach der Befindlichkeit des Patienten sich in nach KVG verrechenbaren Taxpunkten niederschlägt. Niemand kann sich heute dieser Dynamik zur Ökonomisierung des Sozialen entgegenstellen und doch spüren wir, dass die Dominanz des Ökonomischen das Soziale in Gefahr bringt. Natürlich wird dem Sozialen nicht jeder Wert abgesprochen. So wird heute etwa in den Führungsgremien händeringend nach sozialer Kompetenz gesucht. Ethische Codices werden aufgestellt. Doch der sozialen Kompetenz und der Ethik werden kein eigenständiger Wert zuerkannt. Primär dienen sie der Erhöhung unternehmerischer Erfolgs- und Gewinnchancen. Sie zahlen sich aus. Die Dominanz des Ökonomischen ist inzwischen Mainstream geworden. Alternativen können kaum noch formuliert werden, weil die Weltwirtschaft und der Standortwettbewerb Spielregeln vorgeben, die Abweichungen vom Mainstream Denken nicht zulassen. Auch keine politische Partei kann sich dieser Logik entziehen, wenn sie Erfolg haben wird.

Der Mainstream hat inzwischen unsere Sprache verändert, wenn wir über das Soziale reden. Nicht nur, dass Anglizismen wie Case Management, Income Generating Programms, Incentives, Centers of Competence, etc unsere Sprache prägen, auch im Denken sind wir der ökonomischen Argumentation verpflichtet. Projektgesuche basieren fast ausschliesslich auf dem ökonomischen Nutzen. Return on Investment sind die entscheidenden Beurteilungskriterien. Kein Projekt, das nicht den ökonomischen Nutzen der Prävention in den Vordergrund stellte. Doch die Sprache täuscht. Auch wenn aus Opportunitätsgründen das ökonomische Argumentarium ins Zentrum gestellt wird, wissen wir nur zu gut:

Ökonomie und Soziales gründen teilweise auf unterschiedlichen Werten, auf Werten der je eigenen Art. Dabei haben beide ihre Berechtigung. Die konsequente Unterordnung der einen unter die andern ist nicht von Gutem. Werden die ökonomischen Prinzipien ausser Acht gelassen, verliert der Sozialstaat die materielle Grundlage, auf dem er aufbaut. Werden die gesellschaftlichen Werte, wie jene der sozialen Gerechtigkeit, der Menschenwürde jenseits des eigenen wirtschaftlichen Vermögens, die Werte der Solidarität der Ökonomie untergeordnet, besteht die Gefahr, dass die Gesellschaft als Ganzes versagt. Diese Erkenntnis drückt beispielsweise Stephan Schmidheiny mit aller Deutlichkeit aus, wenn er sagt: „Unternehmen werden in einer Gesellschaft, die versagt, keine Zukunft haben.“

III .

Schrittweise ist überdies der geografische und politische Bezugsrahmen des Sozialen diffus geworden. Welches ist heute eigentlich die relevante Bezugsgrösse? Die Gemeinden und Kantone? Die Schweiz? Europa? Oder die ganze Welt? Für die wichtigsten Sozialwerke ist die Sache scheinbar klar: Es ist die Schweiz. Aber nur bedingt: denn schon heute definiert Europa, dem wir uns mit den bilateralen Verträgen faktisch angeschlossen haben, wichtige Rahmenbedingungen unseres Sozialwesens. Die Sozialhilfe wiederum ist verankert in den Gemeinden und im Kanton, doch die Praxis der nationalen Sozialwerke hat unmittelbare Auswirkungen auf die kommunal finanzierte Sozialhilfe. Wie aber sind diese Solidaritäten auf einander abzustimmen? Und sind wir nicht alle von den globalen Finanzmärkten abhängig? Als kürzlich die Europäische Notenbank auf die amerikanische Hypothekarkrise mit der Freigabe von über 100 Milliarden Euro innert zwei Tagen reagierte, titelte ein Blatt seinen Kommentar mit: ‚Fürsorge für die Finanzmärkte‘. Soweit kommt es noch, dass die Allgemeinheit Sozialhilfe leisten muss, um die Risiken der Spekulanten aufzufangen, dachte ich empört. Um alsdann zu merken, dass die meisten von uns über ihre Pensionskassen mit just diesen Finanzmärkten in einer Weise verhängt sind, dass wir alles sozialpolitisches Interesse daran haben, dass mit diesen fürsorglich umgegangen wird. Welches ist also der Bezugsrahmen des Sozialen? Wo wird die Verantwortung wofür wahrgenommen? Je diffuser die Verantwortlichkeiten sind, desto unbekümmerter lässt sich über das Soziale unwidersprochen herziehen.

IV.

Angriffe auf das Soziale können wir in letzter Zeit in immer kruderer Form wahrnehmen. Und es sind Angriffe, denen kaum eine politische Kraft entgegentritt. Dabei sind Wahljahre zweifellos besonders geeignet, die politischen Kulturen und Unkulturen in übergespitzter Form zu beobachten. Die Unkultur kulminiert zurzeit in einem Wahlplakat, das angeblich nichts, de facto aber sehr viel mit Sozialpolitik zu tun hat. Zu Recht wird es heute viel diskutiert und auch ich kann nicht kommentarlos an ihm vorbei gehen. Zwar haben wir uns fast schon daran gewöhnt, und doch sind wir es uns selber schuldig, uns gegen die Gewöhnung zu wehren und die Grenzüberschreitung zu benennen. Es geht um ein Plakat, das Sie alle kennen: Im schwarzen Schaf, das von den drei Weissen vom Schweizer Boden weggestossen wird, spiegelt sich längst nicht nur rassistisches Gedankengut, im schwarzen Schaf erkennen sich inzwischen auch viele Weisse, die sich von dieser Gesellschaft, die sich offenbar als Geschlossene versteht, ausgestossen fühlen: Arbeitslose, Behinderte, Ausländer –

auch solche, die keine Verbrecherlaufbahn aufzuweisen haben – und auch viele Jugendliche, die aussen vor bleiben.

Vielleicht ist es ja kein Zufall: Es waren ausgerechnet Jugendliche, die vor kurzem mit einer Einladungskarte aufsehen erregten, indem sie die Insignien und Runen nationalsozialistischer Organisationen mit den Kürzeln jener hiesigen Institutionen in Verbindung brachten, die ähnliches Gedankengut plakatieren. Es war eine Einladung zu einer Ausstellung über Faschismus im Alltag. Die Einladungskarte löste heftige Proteste aus. Viele erkannten jedoch im Protestschrei der betroffenen Institutionen die Scheinheiligkeit der Verantwortlichen, die wieder einmal sehr bewusst über die Grenzen zulässiger Provokation gingen.

Die Angriffe auf das Soziale betreffen natürlich am Direktesten diejenigen, die auf den Sozialstaat angewiesen sind: Flüchtlinge und Asylsuchende zuerst, die Invaliden danach und nun die Sozialhilfeempfänger. Vordergründig werden die Missbräuche thematisiert, welche niemand verteidigen will. Im Visier steht jedoch der Sozialstaat als Ganzes, der für die Schwachen, die Untauglichen, die Versager da zu sein hat, und die Solidarität, welche angeblich die Starken, die Erfolgreichen, die Tüchtigen, die Weissen Schafe eben, herabzieht. Mit ins Visier genommen sind gleichzeitig die Institutionen, die als ineffizient, unprofessionell und untauglich bezeichnet werden, verbunden mit dem Vorwurf an die im Sozialwesen Tätigen, angeblich von den Missständen zu profitieren. Auch persönlich.

V.

Und damit wären wir bei den Gutmenschen angelangt: Häufig wird der Begriff heute benutzt, um Menschen mit anderer Meinung persönlich zu diskreditieren. Sie werden mit ihren Idealen und Haltungen abgewertet. Damit wird der eigene Anspruch unterstrichen, realistisch und auf der Sachebene zu argumentieren. Gutmenschen zeichnen sich so angeblich durch Realitätsverlust und Naivität aus. Die Werte der Humanität, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit, die sie vertreten, werden ins Lächerliche gezogen. Die sachliche Diskussion auf eine persönliche und emotionale Ebene verschoben. Dem Gegenüber werden tatsächliche oder angebliche Tabus unterstellt, gleichzeitig werden eigene Tabus nicht preisgegeben. So lässt es sich trefflich den Sach- und Machtfragen ausweichen. Auch der Frage nach Sinn und Funktionsweise des Sozialen in der Gesellschaft wird ausgewichen.

VI.

Doch lassen wir unseren Blick nicht von den Aktualitäten zu sehr gefangen nehmen, sondern zum Schluss noch einmal etwas weiter schweifen: Auch wenn das Soziale zurzeit Angriffen ausgesetzt und in der Defensive ist, führt kein Weg an den sozialen Fragen vorbei. Sowenig Unternehmen eine Zukunft in einer Gesellschaft haben, um noch einmal Schmidheiny zu zitieren, die versagt, so wenig kann es eine erfolgreiche Politik geben, die das Soziale ausser Acht lässt oder verachtet. Die zentralen Fragen: wie lässt sich die Existenz der Menschen sichern? Wie lässt sich der gesellschaftliche Zusammenhalt sicherstellen? Und wie soll das Leben künftiger Generationen gesichert werden? Diese Fragen lassen sich ohne das Soziale nicht beantworten. Sie sind nicht einfach eine Frage der Ökonomie, sondern des politischen Willens. Und so, wie Peter Bichsel vor mehr als zwanzig Jahren festgestellt hat, ‚dass man wieder rechts trägt‘, wäre es heute an der Zeit, auf Menschen jeglicher politischer Couleure zu zählen, die wieder zum Sozialen stehen. Es geht dabei nicht um die Erhaltung überkommener Strukturen und Besitzstandwahrung, sondern um das Bekenntnis zur sozialen Verantwortung

und zur sozialen Gerechtigkeit. Um das Bekenntnis, dass dem Sozialen eigenständige Werte innewohnen, um das Bekenntnis, dass die Solidarität nicht nur die Erfolgreichen und die Eigenen einschliesst, dass Solidarität für alle Teile gegenseitige Verbindlichkeit mit einschliesst. Was das im Einzelnen heisst, muss in der Gesellschaft immer wieder neu erarbeitet werden. Viel wäre jedoch gewonnen, wenn im Land gesagt würde: Ja, wir stehen zum Sozialen!

Mit dem Sozialpreis hat der Kanton Solothurn ein Zeichen gesetzt, dass ihm das Soziale wichtig ist. Das ist ermutigend. Der Preis zeichnet Menschen und Institutionen aus, die sich ihrerseits für das Soziale engagieren. Es sind dies Gutmenschen, die wir so dringend brauchen.